

Bereits am Samstagabend begann die militärische Umsetzung der UN-Resolution gegen das libysche Regime um Muammar al-Gaddafi. Nach Medienberichten kam es zu teils massiven Luftangriffen auf die libysche Armee. Beteiligt sind die amerikanische, die britische und französische Luftwaffe. Auch Italien und Dänemark sind an den Angriffen beteiligt. Gaddafi hatte im Vorfeld behauptet, dass die Angriffe des libyschen Militärs auf Aufständische beendet seien.

Medienberichten zufolge gingen die Kämpfe, insbesondere in der Rebellhochburg Bengasi aber stets weiter. Auch die am Sonntag vom libyschen Regime erneut verkündete Waffenruhe werde nicht eingehalten. Das libysche Militär attackiere weiterhin Aufständische heißt es. Das US-Regime bezeichnete die westlichen Angriffe als erfolgreich. Ein großer Teil der libyschen Luftwaffe und Luftabwehr sei zerstört worden und somit eine Flugverbotszone durchsetzbar.

Aus dem Ausland, vor allem Russland, aber auch aus der Arabischen Liga kommt Kritik an

den Angriffen aufgrund von Berichten über zivile Todesopfer. Die Arabische Liga sprach sich für eine Flugverbotszone aus, aber gegen militärische Operationen zu deren Durchsetzung. Die UN-Resolution wurde aber von der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) begrüßt und zuvor auch maßgeblich initiiert.

Dieser geht es besonders um das Verhindern und Beenden der massiven militärischen Übergriffe des libyschen Regimes auf Zivilisten. Sie sprach sich aber auch deutlich gegen den Einsatz von Bodentruppen und gegen jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libyens von Seiten des Westens aus. Dies ist eine Position, die man nahezu vorbehaltlos unterstützen kann. Ganz im Gegensatz zu den

Verlautbarungen, die aus den Kreisen der westlichen Regime kommen.

So behauptete etwa der UK-Premier Cameron, dass die westliche Militäraktion gegen Libyen notwendig, legal und richtig sei. Diese Aussage ist freilich nicht mehr als gequirlte Scheiße. Denn schlichtweg keines der drei genannten Attribute ist zutreffend. Die Legalität hat sich diese Operation durch ein westliches politisches Instrumentarium selbst verliehen.

Echte Legalität lässt sich einer Handlung aber nur durch Moralität,

durch sittliche Vernunft geben - und nicht durch (Mehrheits-)Entscheidungen in elitären politischen Zirkeln und Zusammenkünften. Zudem ist die Situation in Libyen aber gewissermaßen völlig verfahren - bzw. noch besser gesagt: bereits völlig an die Wand gefahren -, so dass weder eine moralische, und damit legitime, und am allerwenigsten eine richtige Lösung denkbar ist.

Deswegen nämlich, weil es eben

gerade der Westen war, der jetzt als Friedensstifter und Schutzengel der Libyer auftritt, der das libysche Regime finanziert und ausgerüstet, und damit einen teilweise regelrechten Vernichtungskrieg gegen Zivilisten, besonders Aufständische maßgeblich mitzuverantworten hat.

Aus diesem Grund allerdings könnte man die Angriffe bestenfalls noch als notwendig

bezeichnen, sofern sie sich wirklich ausschließlich gegen den libyschen Militärapparat und gegen das libysche Regime richteten und zugleich für den Schutz der Zivilisten und für eine indirekte Unterstützung der Aufständischen.

Dies allerdings auch nur insofern diese tatsächlich eine völlig neue, freiheitlichere

politische Ordnung in Libyen errichten wollen. Dies sind einige notwendige Bedingungen also, um eine "Notwendigkeit" des westlichen Militäreinsatzes zu behaupten. Spätestens an der letzten aber dürfte es scheitern. Denn an einem souveränen, freiheitlichen Staat Libyen dürfte die westliche, vom Öl abhängige - und in Zeiten des Kollaps ihrer unzulänglichen,

parasitären

Wirtschaftsordnung umso  
mehr vom Öl abhängige -  
Gesellschaftsordnung kein  
großes Interesse haben.

Zudem ist bereits allein der  
Militäreinsatz an sich ein für  
den militärischen  
Industriekomplex lukratives  
Geschäft. Der Westen  
profitiert also - und dieser

Profit, das Antreiben und Erhalten der Wirtschaftsmaschinerie des Westens, ist freilich eine der treibenden Kräfte in diesem Prozess des Säbelrasselns gegen Libyen.

Nur in dem Maße, wo dieses tatsächlich dem Schutz von

Menschenleben in dem Land, und einer in Zukunft freiheitlicheren Gesellschaftsordnung dient, kann er, mit viel gutem Willen also, als "notwendiges Übel", als beste von ausschließlich schlechten Lösungen, als richtige von ausschließlich falschen Lösungen, zur Verhinderung eines leisen Völkermordes und zur

Beseitigung des totalitären  
und durchgeknallten  
Regimes in Libyen  
verstanden werden.

Auch wenn sie am Ende  
Gutes bewirken mag - die  
Hoffnung diesbezüglich  
stirbt sprichwörtlich  
zuletzt - bleibt es eine  
schmutzige Lösung. Eine

scheinheilige Lösung, mit der die westliche Welt ihrer Verantwortung für die Ereignisse in Libyen nur teilweise gerecht wird. Ganz im Gegensatz aber zu Ländern wie Deutschland, deren Regime dieser Verantwortung überhaupt nicht gerecht wird, sie sogar vollständig leugnet.

Dies macht den Gipfel der  
Scheinheiligkeit und  
Doppelzüngigkeit aus.

Nicht nur gegenüber  
Libyen, sondern auch  
gegenüber der eigenen  
Bevölkerung. Denn die  
deutsche Regierung  
missbraucht sowohl die

Gewalt in, als auch  
gegen Libyen für  
ausschließlich  
innenpolitische Zwecke.  
Es sind besonders  
machtpolitische, auch  
Wahlkampf-Gründe, aus  
denen sie sich unter  
einem moralistischen  
Deckmantel  
außenpolitisch als  
Querulant darstellt und

innenpolitisch als  
handzahmer  
Herrschaftsapparat.

Weder der deutschen  
Vogelstraußregierung,  
noch anderen  
westlichen  
Kriegsmächten aber

geht es dabei wirklich  
und letztendlich um die  
libysche  
Zivilbevölkerung. Einen  
guten, im öffentlichen  
Diskurs kaum  
anfechtbaren Vorwand  
für das profitable  
Hochfahren der  
westlichen  
Militärmaschinerie

bietet sie aber allemal.

**Die Motivation des  
Westens:  
Humanitäre oder**

# doch nur Profit-Interessen?

So rechtfertigte  
natürlich auch  
US-Präsident Obama  
die Angriffe auf  
Libyen mit dem  
Schutz von Zivilisten.

"Das libysche Volk muss beschützt werden", floskelte das amerikanische Regime-Oberhaupt. Die Ernsthaftigkeit solcher Aussagen aus dem Munde westlicher Politiker darf ebenso

bezweifelt werden,  
wie die  
Selbstlegitimation der  
Militäraktion der  
angreifenden  
Staaten.

Denn bislang hat

das "libysche Volk"  
die westliche Welt  
kaum mehr als einen  
Scheißdreck  
interessiert. Warum  
ist es dem, seine  
eigene, der Welt als  
allgemeinverbindlich  
aufoktroyierte  
Vorstellung von

Freiheit  
gewöhnheitsmäßig  
mit Waffengewalt  
bringendem Westen  
jetzt auf einmal so  
wichtig? Interessiert  
hat ihn bislang nur  
das libysche Regime  
als wichtiger  
Handelspartner -

gelegentlich auch als  
äußeres Feindbild  
zur Ablenkung von  
den der westlichen  
Staatsform und  
Gesellschaftsordnung  
immanenten  
Problemen.

Und für  
Säbelrasseln, das  
die Kassen des  
militärischen  
Industriekomplexes  
klingeln lässt.  
Interessiert hat den  
Westen neben dem  
eigenen Profit

eigentlich immer nur  
das libysche Öl,  
welches das  
Getriebe der  
westlichen  
Profitmaschinerie  
am Laufen hält.  
Dienstbare und  
nützliche Vasallen

wie Gaddafi,  
inthronisiert als  
totalitäre Tyrannen  
über einer auf  
diese Weise arm,  
schwach und unfrei  
gehaltenen  
Gesellschaft, waren  
dem Westen dafür

immer sehr  
willkommen.

Insofern ist wohl  
auch eine weitere  
Verlautbarung aus  
Kreisen der

westlichen  
Angreifernationen  
wenig  
verwunderlich,  
vielleicht sogar  
ungewollt  
bloßstellend. So  
verkündete das  
US-Regime

nämlich, dass  
Gaddafi selbst  
nicht auf der  
Zielliste stehe. Eine  
Mitteilung, die allein  
bereits  
misstrauisch  
machen kann. Viel  
zu wenig passt sie

ins Bild besonders  
der jüngeren  
amerikanischen  
Politik, die doch so  
gerne und  
öffentlichkeitswirks  
am Jagd auf aber  
halt nur von ihr zum  
Abschuss

freigegebene  
Despoten und  
"Terroristen"  
macht.

Gaddafi scheint  
also vorerst das

Schicksal erspart  
zu bleiben, sich  
einen langen Bart  
wachsen lassen  
und in einem  
Erdloch  
verkriechen zu  
müssen. Wirklich  
überraschend ist

das aber nicht, da  
er sich (meistens)  
offensichtlich zur  
westlichen  
Machtpolitik - im  
Gegensatz zu  
Saddam oder  
dem iranischen  
Regime - loyal

oder zumindest  
dienstbar  
verhalten hat.  
Wohl auch aus  
diesem Grund ist  
Gaddafi einer  
jener Herrscher,  
die vom Westen  
jahrzehntelang

hofiert und  
finanziert worden  
sind.

Eine Sonderrolle  
nimmt er  
allerdings auch

ein, da er in der  
Vergangenheit  
gleichzeitig auch  
ein leicht  
präsentierbares  
Feindbild war.  
Das spätestens  
kurz nach der

Jahrtausendwend  
e aber veraltet  
war und durch  
ein noch  
diffuseres,  
paranoideres  
Feindbild, nämlich  
Osama bin Laden

und seine  
terroristische  
"Weltverschwörung"  
ersetzt wurde.  
Damit wurde  
Gaddafi so  
hoffähig wie seine  
ehemaligen

Nachbarherrscher  
wie Mubarak  
oder Ben Ali. Die  
wurden nun  
inzwischen von  
ihren  
Gesellschaften  
hinweg gejagt.

Gaddafi  
klammert sich  
aber mit aller  
Macht an seinen  
westlichen  
Vasallenthron -  
und scheint dafür  
bis zum

Äußersten zu  
gehen. Und so  
steht der Tyrann  
mitsamt seines  
Regimes und  
seines  
Militärapparates  
nun in einem

Krieg des  
Staates gegen  
seine eigene  
Bevölkerung. In  
einem  
Bürgerkrieg, den  
die westliche  
Wohlstandsgesell

schaft  
maßgeblich mit  
verschuldet hat,  
die das libysche  
Regime  
jahrzehntelang  
hofiert,  
ausgerüstet und

aufgerüstet hat.  
Und dasselbe  
nun vielleicht  
auch mit den  
Aufständischen  
macht.

Und so könnte  
ein Ziel der  
westlichen  
Militäroperation  
gegen letztlich  
nur das libysche  
Militär, aber nicht  
gegen das

libysche Regime,  
durchaus auch  
sein, einen  
möglichst  
langwierigen  
Bürgerkrieg zu  
gewährleisten,  
von dem die

westliche  
Rüstungsindustri  
e, und natürlich  
auch  
Exportweltmeiste  
r Deutschland -  
erst recht in  
Zeiten einer

kollabierenden  
Ökonomie -  
profitieren  
werden. Der  
Ölreichtum  
Libyens, auf den  
der Westen  
dabei auch,

vielleicht  
hauptsächlich  
schaut, kann  
ebenfalls dafür  
oder dagegen  
sprechen.

Dagegen  
spricht die  
Aufrechterhaltung  
der  
Öllieferungen an  
den Westen.  
Dafür spricht  
die mögliche

Verteuerung des  
Öls, mit der  
Instabilität des  
libyschen  
Ölmarktes als  
Vorwand. In  
Zeiten  
kollabierender

Märkte und  
sinkender  
Kaufkraft, ist  
dies eine  
gefährliche  
Politik - den  
anti-industriellen  
,

anti-mittelständi  
schen  
Monopolinteress  
en der  
westlichen  
Wirtschaftseliten  
aber auch  
wiederum

entgegen  
kommend.

Die Zukunft  
wird zeigen,  
wohin die Reise

für Libyen geht,  
und ob und  
wenn, auf  
welche Weise  
und in welchem  
Ausmaß sich  
die westliche

Welt dabei die  
Hände  
schmutzig  
macht. Je  
länger die  
westlichen  
Militäraktionen

dauern, und je  
länger das  
Gaddafi-Regime  
nicht gezielt  
beseitigt wird,  
sei es von  
Aufständischen

oder vom  
Westen, umso  
offensichtlicher  
wird sein, dass  
der Westen  
dann vorrangig  
eigene Ziele

verfolgt, und  
nicht die der  
libyschen  
Gesellschaft.

Die Zukunft

wird zeigen, ob  
sich auch  
Deutschland  
weiterhin auch  
auf Kosten der  
libyschen  
Gesellschaft

die Hände  
schmutzig  
machen wird.  
Um seine  
eigene  
Wirtschaftsmas  
chinerie

aufrecht zu  
erhalten.

Waffen gegen  
Öl - dieses  
ohnehin bereits  
bestehende  
deutsche

# Geschäft mit Libyen könnte unter Bürgerkriegsbe- dingungen und mit Deutschland

unter der  
politischen  
Maskerade des  
neutralen  
Zuschauers  
noch lukrativer  
werden.

Moralisch ist es  
nur eine  
weitere  
Bankrotterklärung  
der  
deutschen  
Wohlstandsges

# ellschaft.